



# DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Mai 2023

## Recht auf Stadt für alle Menschen!



Start der Demo am 15. April auf dem Hansaplatz, Artikel dazu auf S. 9, Foto -ena

**Redaktionsschluss** für die Juni-Ausgabe:  
**Mittwoch, 31.05.2023**

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:  
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,  
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

### Inhalt:

1. Mai: Klassensturz statt Kassensturz	S. 2
8. Mai: Tag der Befreiung	S. 3
Jahresempfang der Bezirksfraktion	S. 5
Kundgebung Frieden + Klima	S. 6
PUA NSU verhindert, aber notwendig	S. 7
Baumaßnahmen am Hbf	S. 8
Obdachlose nicht vertreiben!	S. 9
Unterschriften übergeben	S. 10
Friedenstaube unerwünscht	S. 11
BMV am 6. April	S. 12
Termine / Kontakt	S. 14

## Klassensturz statt Kassensturz!



Für den 1. Mai organisiert Linksaktiv-Hamburg-Mitte wieder einen Demoblock auf der Bündnisdemonstration von „WER HAT DER GIBT“. Dieses Jahr namens roter Klassensturz! Daran können sich alle anschließen, die sich mit unserem Motto verbunden fühlen.

Der Landesverband Die LINKE Hamburg unterstützt die Demonstration und den Aufruf. (Es sind keine Parteisymbole erwünscht)  
Nora Stärz für Linksaktiv-Hamburg-Mitte

### Der Aufruf:

#### Auf die Straße zum 1. Mai 2023 in Hamburg

Kennst du das auch? Du sparst und verzichtest, wo du nur kannst – ob am Heizen oder an Lebensmitteln. Du drehst jeden Euro zweimal um. Du schnallst den Gürtel immer enger. Und am Ende des Monats? Da bleibt dir trotzdem immer weniger auf dem Konto oder im Geldbeutel übrig.

#### Von Krise zu Krise zu Krise: Reiche profitieren, Arme verlieren

Pandemie, Krieg und irgendwo am Horizont die Klimakrise: Aufgrund der explodierenden Energiekosten, Inflation an der Supermarktkasse und stark gestiegenen unbezahlbaren Mieten können sich immer mehr von uns das Leben immer weniger leisten. Immer mehr Menschen geraten in finanzielle Notlagen und verfügen kaum, wenn überhaupt, über Rücklagen für die nächste Krise. Immer mehr Menschen kämpfen ums Überleben. Doch Krise kann auch geil sein: Während 14,1 Millionen Menschen in Deutschland von Armut betroffen sind, sind 1,6 Millionen Menschen in Deutschland Millionär:innen (Stand 2021). Mit

jeder Krise haben sie ihre Vermögen enorm gesteigert – Dividenden und Steuerentlastungen sei Dank.

#### Von Steuerentlastungen bis zu Rekord-Dividenden: Wer hat, dem wird gegeben

Aufgrund der steigenden Energie- und Lebensmittelpreise verkommen Wohnen, Heizen und eine ausgewogene Ernährung zu einem Luxus für immer mehr Menschen. Gleichzeitig sahen die weltweit größten Energie- und Lebensmittelunternehmen ab. Ein Bericht der Organisation Oxfam zeigt, dass 95 Energie- und Lebensmittelkonzerne insgesamt 306 Milliarden US-Dollar an Übergewinnen im Jahr 2022 erzielten und davon 257 Milliarden US-Dollar an ihre Aktionär\*innen ausschütteten.

Auch krisengewinnende Unternehmen wie Airbus, Hapag Lloyd und RWE streichen exorbitante Gewinne ein und schütten rekordhohe Dividenden an ihre Aktionär\*innen aus. Alleine in diesem Jahr werden die DAX-40-Unternehmen voraussichtlich 54,9 Milliarden Euro ausschütten – so viel wie noch nie. Diese fließen direkt in die Taschen der ohnehin millionen- und milliardenschweren Aktionär\*innen und Eigentümer\*innen.

Als Antwort auf die Inflation verspricht die Ampel-Regierung Entlastungen für die Bürger\*innen. Doch während wir mit einem unzureichenden Entlastungspaket nach dem anderen abgespeist werden, profitieren Reiche und Superreiche am meisten von den Steuerentlastungen. Das ist nichts anderes als eine Umverteilung von unten nach oben!

Die Konsequenz: Eine Explosion der sozialen Ungleichheit. Ein Zustand, den wir nicht länger mittragen können und wollen.

#### Höchste Zeit für den Klassensturz statt Kassensturz!

Seit mehr als zwei Jahren treten wir für eine gerechte Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums ein. Wir sind nämlich der Meinung, dass sich dieser nicht bei einigen Wenigen konzentrieren darf, obwohl er doch von uns allen erarbeitet wurde. Klar ist: So wie jetzt kann es nicht weitergehen. Wir können und wollen uns die Reichen nicht mehr leisten! Dieses Jahr heißt es also für uns: Klassensturz statt Kassensturz. Am 1. Mai 2023 gehen wir für eine klassenlose und solidarische Gesellschaft auf die Straße.

#### Schließe dich uns an!

Wir sehen uns am 1. Mai!

Wann & Wo: 1. Mai 2023 13:00 Uhr U-Bahnhof Eppendorfer Baum

Im Anhang auch der Aufruf des Bündnisses „Solidarisch aus der Krise“ zu dieser und der DGB-Demo.-red



## 8. Mai – Tag der Befreiung

### Was ist am 8. Mai 2023 geplant?

Es gibt Tage, an denen halten wir inne – wir erinnern uns, wir gedenken.



#### Samstag, 6. Mai 2023

Demonstration: 13 Uhr, Curio-Haus (Rothenbaumchaussee 11), bis Rathausmarkt, u.a. mit Beiträgen von VVN-BdA, Auschwitz-Komitee, Initiative Gedenkort Stadthaus und DGB.



#### Montag, 8. Mai 2023

Befreiungsfest: 16 – 20 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Platz. U.a. mit Beiträgen und Musik von Lina und die Roten Sterne, der Zeitzeugin Antje Kosmund, der Nationalen Vereinigung der Partisanen Italiens (ANPI), der Gruppe Resistencia, Musik von Angela Altmann und Peter Schenzer mit Texten von Inés Fabig und Michael Weber. Außerdem präsentieren sich verschiedene Organisationen an Ständen.

*Leider gibt es zwei verschiedene Aufrufe zum 8. Mai. Dieser wird vom Landesverband der LINKEN unterstützt und von einem breiten Bündnis getragen. Der Aufruf des „Ratschlags“ auf der folgenden Seite. -red*

## Festkundgebung zum 8. Mai: Den Tag der Befreiung zum Feiertag machen!



Festkundgebung zum 8. Mai  
**Tag der Befreiung**

„Am 8. Mai wäre dann Gelegenheit,  
über die großen Hoffnungen  
der Menschheit nachzudenken:  
Über Freiheit, Gleichheit,  
Brüderlichkeit – und Schwesterlichkeit.“  
Esther Bejarano (2020)

8. Mai 2023  
12 bis 22 Uhr  
Jungfernstieg

Hamburger Ratschlag  
für den 8. Mai als Feiertag  
[www.8mai-hamburg.de](http://www.8mai-hamburg.de)

**Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg!**

Förderung durch das Landesparlament „Mittel für Demokratie und gegen Menschenrechtskriminalität“ der Sozialistische Hanfberg

Am **8. Mai 1945** nahm die antifaschistische Allianz aus Sowjetunion, USA, England und Frankreich der deutschen Wehrmacht in Berlin die Kapitulationserklärung ab. Damit war das Ende des faschistischen Eroberungs- und Vernichtungsfeldzugs besiegelt, der Abermillionen von Menschenleben gekostet und weltweit zivilisatorische Errungenschaften zerstört hatte. Diese Befreiung von der tiefsten Barbarei gelang erst durch die weltumspannende systemübergreifende Kooperation.

Das internationale Zusammenwirken humanistischer Kräfte – angetrieben durch weitreichende Vorhaben zur Ausgestaltung einer friedlichen Entwicklung der Menschheit in Gleichheit und Freiheit – brachte einen nie dagewesenen **Aufbruch für Frieden und Menschenrechte** hervor: Die Befreiung bildete die Voraussetzung für antifaschistische Verfassungen in Europa und Japan, antikoloniale Kämpfe auf dem afrikanischen Kontinent, weitreichenden sozialen Fortschritt in vielen Teilen der Welt. Die Vereinten Nationen mit ihren Organisationen wurden zum gemeinsamen Zweck der Realisierung der Menschenrechte in Völkerfreundschaft gegründet.

Die **Charta der Vereinten Nationen** wurde noch während des Zweiten Weltkriegs verfasst und trat kurz nach den Atombombenangriffen auf Hiroshima und Nagasaki in Kraft. Das hier verankerte Friedensgebot mittels Rüstungskontrolle und umfangreichen Mitteln zur friedlichen Beilegung von Konflikten ist angesichts der Möglichkeit der militärischen Vernichtung der Menschheit auch heute notwendiger Ausgangspunkt für jede zivile Entwicklung. In der Präambel wird das Friedensgebot durch die Bekräftigung der Gleichheit aller Völker und das Erfordernis, soziale und wirtschaftliche Friedensgrundlagen zu schaffen, bestimmt.

Als Rolle und Auftrag der deutschen Bevölkerung wurde dabei – nach zwei von deutschem Boden aus begonnenen Weltkriegen – im Grundgesetz festgehalten, „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“. Die dafür 1945 im **Potsdamer Abkommen** der Siegermächte sowie im Grundgesetz gefassten Maßstäbe (Demokratie, Demontage der deutschen Rüstungsindustrie, Sozialstaatlichkeit, Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, Abschaffung der Armee) griffen auch Errungenschaften der Novemberrevolution und der Weimarer Republik wieder auf und sind heute erst recht aktuell für die Verwirklichung des Anspruchs: Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg!

Gegen jegliche Versuche, diese Konsequenzen zurückzudrehen, ist der 8. Mai in diesem Jahr erstmalig **offizieller Gedenktag** in Hamburg. Er ist in den Worten der Antifaschistin und Holocaust-Überlebenden Esther Bejarano Anlass, „über die großen Hoffnungen der Menschheit nachzudenken: über Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – und Schwesterlichkeit“ und damit ein Grund zum Feiern.

Der *Hamburger Ratschlag für den 8. Mai als Feiertag* lädt alle antifaschistisch Bewegten zur Festkundgebung auf den Jungfernstieg ein. Mit einem internationalistischen Kulturprogramm aus Musik, Theater und Lesungen und einem „Weg des Widerstands“ wollen wir der Opfer des deutschen Faschismus gedenken und von den Widerstandskämpfer:innen, Partisan:innen, Deserteur:innen, Künstler:innen und humanistisch Bewegten rund um den Globus lernen. **Der 8. Mai muss Feiertag werden: Für die weltweite Realisierung der Konsequenzen aus 1945!**

Programm, Beteiligte und weitere Informationen zum 8. Mai: [www.8mai-hamburg.de](http://www.8mai-hamburg.de)



**DIE LINKE.**  
Bezirksfraktion Hamburg-Mitte

# EINLADUNG



## Jahresempfang der Bezirksfraktion Hamburg - Mitte

**04.06.2023 / 11:00 - 15:00**

**Auf dem Schiff "MS Altenwerder" in Hamburg- Finkenwerder.  
Köhlfleet-Hauptdeich, 21129 Hamburg.**

**Mit Wortbeitägen der Bezirksfraktion und der  
Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE, Kulturprogramm,  
Sektempfang und Büffett**

## Für Frieden und gutes Klima mit Kultur (von Mehmet Yildiz)

Momentan finden weltweit unzählige Kriege statt. Insbesondere die Rüstungskonzerne profitieren davon auf dem Rücken der Bevölkerungen. Im Jemen, in Syrien und in der Ukraine sterben täglich tausende Menschen.

Wir engagieren uns stattdessen für Frieden, Dialog und eine multipolare Weltordnung. Wir lehnen schwarz-weiß Denken und immer neue Kriege zur Durchsetzung geostrategischer Interessen ab. Ein sofortiger Waffenstillstand und Verhandlungen sind der einzige Weg zum Frieden in der Ukraine und im Jemen. Das Sterben im Ukrainekrieg könnte sofort beendet werden, wenn die führenden NATO-Staaten zum Beispiel auf Initiativen aus China und Brasilien eingehen würden und die Regierung in Kiew sich auf ernsthafte Verhandlungen mit Russland einlassen würde, anstatt einen nicht zu erreichenden Siegfrieden anzustreben. Die Waffenlieferungen an die Ukraine und die nahezu bedingungslose Unterstützung, der auch von Faschisten getragenen ukrainischen Regierung, die beim letzten Besuch des Wirtschaftsministers Robert Habeck in Kiew wieder bekräftigt wurden, führen zu immer mehr Toten. Das Drehen an der Eskalationsspirale seitens der

NATO gegen China könnte in einem nächsten Weltkrieg münden.

Wir haben nur eine Erde – und ohne Frieden und Klimaschutz besteht die Gefahr, dass diese Erde oder die Lebensgrundlagen auf ihr zerstört werden. Wichtig ist im Zusammenhang mit dem Klimaschutz auch die konsequente Abrüstung und sofortiger Weltfrieden. Denn die Kriegsmaschinerie mit Produktion, Manövern und Kriegen verursacht mehr als 30 Prozent der weltweiten klimaschädlichen Emissionen (stand vor dem Ukrainekrieg). Allein das US Militär verursacht mit Manövern jährlich so viel Emissionen, wie die skandinavischen Länder gemeinsam.

In einer Krise wie der jetzigen soll jeglicher entschlossener Protest im Keim erstickt werden. Deshalb wird auch gegen eigentlich eine Demokratie kennzeichnende entschlossene Proteste für den Frieden oder den Schutz des Klimas und den Erhalt der Welt genau dann vorgegangen, wenn deutlich wird, dass die Menschen es ernst meinen und bereit sind sich auch dafür einzusetzen, wenn sie dabei etwas verlieren könnten. Konsequentes Handeln, jenseits von untertäniger Anpassung, wird in unserer Gesellschaft von den Herrschenden in Kapital, Politik und Medien je nach Situation mit verschiedenen Mitteln bekämpft – dem Versuch die Akteure zu diffamieren, zu delegitimieren, von der Teilhabe auszuschließen, wirtschaftlich zu ruinieren oder zu kriminalisieren. Die Herrschenden haben Angst, dass durch entschlossene Proteste ein berechtigter breiterer Widerstand entstehen könnte und tun alles um das zu verhindern.

Mit unserer Kundgebung wollen wir ein entschlossenes Zeichen für Frieden und gutes Klima setzen!

**Kundgebung am  
Samstag 27.05.2023 ab 14:00 Uhr  
auf der Jan-Fedder-Promenade / Gegenüber der U-Bahn Baumwall**

u.a. mit Redebeiträgen von **Rolf Becker** (Schauspieler und Gewerkschafter), **dem Hamburger Forum für Völkerverständigung**, **Fritz Storim** (Maus Bremen), **AG Frieden ver.di**, **Letzte Generation**, **Christin Bernhold** (Bildung ohne Bundeswehr, angefragt), **Andrej Hunko** (MdB, angefragt), **Mehmet Yildiz** (MdB)

**Musik von Group Cemre, Lampedusa Moongroove und Rene Tenenjou**

**Wohnopoly**  
CAREN LAY  
WOHNOPOLY  
Wie die Immobilienspekulation das Land spaltet und was wir dagegen tun können

Wie die Immobilienspekulation das Land spaltet und was wir dagegen tun können

Lesung und Gespräch mit Caren Lay  
(Linksfraktion im Bundestag)

**Dienstag, 2. Mai, 20:00 Uhr**

Buchladen in der Osterstraße (Osterstr. 171)  
Moderation:  
Marco Hosemann

**DIE LINKE.**  
Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft

[www.linksfraktion-hamburg.de](http://www.linksfraktion-hamburg.de)



## Grüne verhindern PUA zum NSU-Komplex

Die Bürgerschaft votierte am 13. April zum zweiten Mal gegen die Einrichtung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) zum NSU-Komplex in Hamburg. Die große Mehrheit der Grünen-Fraktion beugte sich der SPD, die die parlamentarische Aufarbeitung der Rolle der Sicherheitsbehörden im NSU-Komplex mit allen Mitteln verhindern wollte, und stimmte zusammen mit SPD, CDU, AfD und einer FDP-Abgeordneten den Antrag der Linksfraktion nieder. Die jahrelangen Appelle und Forderungen der Angehörigen des 2001 ermordeten Süleyman Taşköprü nach Aufklärung interessierten die Mehrheit der Fraktion ebenso wenig wie die aktuelle Unterstützung der Forderung nach einem PUA durch u.a. die Türkische Gemeinde, die Alevitische Gemeinde und die Schura, durch antifaschistische Organisationen und Zusammenhänge. Auch der Beschluss der Grünen-Landesmitgliederversammlung vom Mai 2021 mit dem Titel „Antifaschismus heißt konsequente Aufklärung ...“, mit dem die Grünen sich für einen PUA zum NSU und den rechten Netzwerken in Hamburg eingesetzt hatten, hinderte ihre Fraktion nicht, die parlamentarische Aufklärung des NSU-Komplexes mit ihrem „Nein“ zu verhindern. Maximal 25 Ja-Stimmen für den Linken-Antrag wären nötig gewesen, 14 waren es am Ende. Einige Grünen-Abgeordnete waren der Bürgerschaftssitzung wohl ferngeblieben, drei andere verließen bei der Abstimmung den Raum. Nur die Grünen-Abgeordnete Miriam Block hielt dem brutalen Druck stand und stimmte mit Ja. Die Grünen können sich zurechnen, den PUA verhindert zu haben. Treffend zog die Mopo das Fazit: „Beim Antifaschismus ist auf die Grünen kein Verlass.“

Aber damit nicht genug. Fraktionsvorstand, Landesvorstand und die Senator:innen der Grünen waren entschlossen, Miriam Block zu bestrafen. Denn ihr Rückgrat hielt und hält der eigenen Rückgratlosigkeit den Spiegel vor. Sie forderten von der Fraktion, Miriam ihrer Ämter als wissenschaftspolitische Sprecherin und Mitglied im Innenausschuss zu entheben. Zwei Drittel stimmten der Straffraktion zu - konsequent gegen Antifaschismus. Auf dem Weg, der sie an die Macht führen soll, ließ die Fraktion aber nicht nur den Antifaschismus zurück, sondern auch die im Grundgesetz wie in der Hamburger Verfassung verbürgte Gewissensfreiheit von Abgeordneten.

Der massenhaften Kritik, die aus vielen Bereichen der Gesellschaft auf sie niederprasselte (auch ein Zeichen, dass das Aufklärungsinteresse größer ist, als die Grünen vermuteten) hat sich weder die Fraktion der Grünen noch der Landesverband gestellt.



*Dabei bleibt es! (Foto: Christiane)*

Wie geht es nun weiter mit der Aufklärung des NSU-Komplexes? Die Bürgerschaft hat auf Antrag von SPD und Grünen eine „wissenschaftliche Aufarbeitung“ beschlossen, die von einem „parlamentarischen Beirat“ begleitet werden soll. Eine wissenschaftliche Aufarbeitung des NSU-Komplexes ist tatsächlich sinnvoll. Aber vor allem dann, wenn sie **Teil** der politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung ist. **Ersetzen** kann sie die nicht. Auch verfolgt sie andere Aufklärungsziele als ein Parlament, das seine Verantwortung für die Kontrolle von Senat und Sicherheitsbehörden, für die Aufhellung der Hamburger Naziszene und ihrer Unterstützung für den NSU ernst nimmt. Das nach den Regeln der Strafprozessordnung auch Zeug:innen vorladen oder Beweisanträge stellen kann. Insofern haben die SPD - und hinter ihnen Polizei und Verfassungsschutz - ihr Ziel, das Totalversagen der Sicherheitsbehörden zu vertuschen, mit dem Umfallen der Grünen erst einmal erreicht. Ich bin aber zuversichtlich, dass die Linksfraktion, die ja im Beirat vertreten sein wird, ihnen das Leben noch schwer machen wird. Die über 100 Fragen, die sie in ihrem Antrag entwickelt hat, sind eine gute Basis für die weitere Arbeit, auch im Beirat.

Christiane Schneider

## Die Einrichtung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum NSU ist längst überfällig

Die Einrichtung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum NSU ist längst überfällig. Dafür setze ich mich seit Jahren ein. Bedenklich ist, dass Hamburg diesen Schritt, als einziges Bundesland in dem ein NSU-Mord stattfand, bisher noch nicht gegangen ist. Am 27. Juni 2001 wurde Süleyman Tasköprü Opfer der NSU-Mordserie. Der Obst- und Gemüsehändler aus Hamburg Altona wurde im Laden seines Vaters mit drei Schüssen aus zwei verschiedenen Waffen getötet. Dieser Mord muss lückenlos aufgeklärt werden“, erklärt der fraktionslose Abgeordnete Mehmet Yildiz.

„Es muss endlich Schluss sein mit dem Verharmlosen und Vertuschen. Alle verfügbaren Akten müssen offengelegt werden. Es nutzt nichts, wenn verantwortliche Politiker\_innen Krokodilstränen weinen, aber nur wenig zur Aufklärung beitragen. Es müssen zudem Gesamtkonzepte entwickelt werden, um die extreme Rechte auf allen Ebenen zurückzudrängen. Rechter Terror begann in der Bundesrepublik lange vor dem NSU und endete nicht mit dem Prozess in München. Rechter Terror bedroht vor allem Menschen, die in dieser Gesellschaft ohnehin ausgegrenzt sind. Wer rechten Terror bekämpfen will, muss deshalb auch gesellschaftliche Ungleichheit und institutionellen Rassismus überwinden.“, so Yildiz.

Von 2000 bis 2007 hatten die Mitglieder des NSU zehn Morde, drei Sprengstoffanschläge und 15 Raubüberfälle durchgeführt. Yildiz betont, dass „man davon ausgehen muss, dass die Gruppe nicht nur aus dem bekannten Kerntrio, sondern einem weiten Umfeld darüber hinaus bestand. Die rassistisch motivierte Mordserie des NSU wäre zudem ohne die Zusammenarbeit staatlicher Sicherheits-

behörden mit den rechten Terroristen und ohne das Unwesen von V-Männern nicht möglich gewesen.“

Auch die in der deutschen Geschichte verankerte Verharmlosung neonazistischer Gewalt spiele eine Rolle dabei, dass die Ermittlungsbehörden Hinweise auf einen rassistischen Tathintergrund ignorierten und die Täter stattdessen im Umfeld der Opfer und ihrer Familien suchten. Dass bis heute oftmals bei rassistischen Übergriffen und bei rechten Netzwerken in der Polizei von Einzelfällen, Einzeltätern oder nicht erkennbaren politischen Motiven gesprochen werde, sei besorgniserregend und verantwortungslos. Diese Herangehensweise und Praxis müsse sich ändern.

„Zur öffentlichen Aufklärung der Mordserie des NSU und rechter Gewalt haben Journalist\_innen und die Zivilgesellschaft weit mehr beigetragen als die Bundesregierung und Landesregierungen, Sicherheitsbehörden und Geheimdienste. Das Versprechen der Bundesregierung eine lückenlose Aufklärung zu betreiben, wurde nicht im Ansatz umgesetzt. Das Schreddern von Akten durch Verfassungsschutzbehörden oder das Sperren von Akten auf Jahrzehnte durch CDU und Grüne in Hessen, die Weigerung in Hamburg einen Untersuchungsausschuss einzurichten sowie der politisch gespannte Schutzschirm für den hessischen Geheimdienstler Andreas Temme, der beim NSU-Mord an Halit Yozgat am 6. April 2006 in Kassel persönlich zugegen war, belegen den Unwillen zu staatlicher Aufklärung und Aufarbeitung. Gerade deshalb braucht Hamburg jetzt endlich einen Untersuchungsausschuss, um die Wahrheit ans Licht zu bringen“, fordert Mehmet Yildiz.

*(PM, zur Verfügung gestellt von Mehmet)*

---

### Mitreden wirklich erwünscht?

## Gigantische Baumaßnahmen rund um den Hbf

Nicht nur das Wort „Verbindungsbahntentlastungstunnel“ ist ein Ungetüm, sondern auch die damit zusammenhängenden Baumaßnahmen. So soll ein zusätzlicher Tunnel rund um den Hauptbahnhof gebuddelt werden, der u.a. zu einer jahrelangen Schließung des Museums für Kunst und Gewerbe sowie des Ohnsorg-Theaters führen wird.

Die Deutsche Bahn und der Senat wollen über die geplanten Maßnahmen und die verschiedenen Varianten für den Verbindungsbahntentlastungstunnel unterrichten und fordern auf „Reden

Sie mit“. Wirklich ernst ist das wohl nicht gemeint, denn die ersten beiden Veranstaltungen in Eimsbüttel und Altona fanden quasi unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, da es keine Bewerbung über Plakate, Anzeigen oder Hinweise in den Tageszeitungen gab. Eine Schelmin, die Böses dabei denkt.

Am Mittwoch, den **24. Mai 23** findet um **18.30 Uhr im Museum für Kunst und Gewerbe** (Steintorplatz) nun die Informations-, sorry Dialogveranstaltung für Hamburg-Mitte statt. Lasst die DB nicht alleine ... Heike Sudmann

Mehr unter <https://www.mehr-bahn-fuer-hamburg.de/news-reader/reden-sie-mit-oeffentliche-dialogveranstaltungen-zum-neuen-s-bahn-tunnel-im-april-und-mai-2023.html>



## Gegen die Vertreibung von obdachlosen Menschen aus der Innenstadt

hat DIE LINKE am 15. April mit vielen Initiativen demonstriert

Seit Ende letzten Jahres geht die Polizei verstärkt gegen obdachlose Menschen vor, die sich zum Betteln oder Lagern in der Innenstadt aufhalten. Damit würde sie auf ein erhöhtes Hinweis- und Beschwerdeaufkommen von Bürger:innen und Gewerbe reagieren, um so „die negativen Auswirkungen der Obdachlosigkeit für alle Beteiligten im Rahmen der polizeilichen Zuständigkeit so gering wie möglich zu halten“. Das ist absolut zynisch.



Demo 15.4. Lautsprecherwagen, Foto: -ena

Statt ihnen zu helfen, vertreibt die Polizei bettelnde und lagernde Menschen und verschärft damit ihre Lebenssituation zusätzlich. Und auch rund um den Hauptbahnhof soll die „Allianz sicherer Hauptbahnhof“ für ein größeres Sicherheitsgefühl der Reisenden sorgen und obdachlose Menschen fernhalten. Neben ordnungspolitischen Maßnahmen werden die Wohnungslosen durch bauliche Maßnahmen, wie Metallbügel und Zacken auf Sitzbänken, Blumenkübel und Sprinkleranlagen auf unterschiedliche Weise aus dem öffentlichen Raum verdrängt. Statt dieser feindlichen Architek-

## Umverteilung des Reichtums und Soziale Stadt – anstatt Vertreibung der Obdachlosen

„In Hamburg lebt eine sehr hohe Anzahl an Menschen, die obdachlos sind und verzweifelt nach einer sicheren und warmen Unterkunft Ausschau halten. Die Forderung nach Vertreibung der Obdachlosen ist die zynische Spitze des Eisbergs. Wer so etwas fordert hat jegliches humanistische Gewissen abgelegt“, erklärt der fraktionslose Abgeordnete Mehmet Yildiz.

tur und ordnungspolitischer Maßnahmen braucht es sozialpolitische Antworten.

Für das tägliche Organisieren des Überlebens sind Innenstädte für obdachlose Menschen von zentraler Bedeutung, denn soziale Hilfsangebote finden sich vor allem hier. Durch Vertreibung verlieren sie nicht nur ihren Lebensmittelpunkt in der Innenstadt und damit häufig den Kontakt zur Straßensozialarbeit und zum Hilfesystem, es löst auch das eigentliche Problem nicht – Verdrängung und Vertreibung verlagert es lediglich in andere Stadtteile.

Das dahinterstehende Problem der Menschen, nämlich Armut, Krankheit und Not, wird durch die Verdrängung nicht gelöst. Insbesondere der zunehmenden sichtbaren Verelendung obdachloser Drogengebraucher:innen wird man mit mehr Polizei-Präsenz nicht gerecht. Stattdessen müssen sich die Hilfsangebote konsequent an den Bedürfnissen der betroffenen Menschen orientieren. Damit die Menschen nicht noch weiter verelenden, braucht es mehr "niedrigschwellige" Tagesaufenthalte und Notunterkünfte für Drogengebraucher:innen. Die bestehenden Angebote sind bereits an ihren Kapazitätsgrenzen angekommen.

Die Schikanierung obdachloser Menschen muss umgehend beendet werden. Kein Mensch bettelt freiwillig; kein Mensch ist freiwillig obdachlos. Diese Phänomene sind Ausdruck extremer Not und Armut. Der öffentliche Raum gehört nicht allein dem unbeschwertem Einkaufsvergnügen derer, denen es gut geht. Der öffentliche Raum gehört allen. Statt eines polizeilichen morgendlichen Weckdienstes, braucht es ein solides finanziertes Angebot aufsuchender Sozialarbeit und daran anschließend Hilfsangebote und Wohnraum für Menschen, die ihn dringend benötigen.

Miriam Craß/Steffi Rose

Das Hamburger Winternotprogramm sei jedes Jahr finanziell zu gering ausgestattet und mit zu wenigen Plätzen ausgestattet, um die zahlreichen Menschen wenigstens im Winter von der Straße zu holen, damit niemand erfriert.

Yildiz dazu: „Es ist eine Schande für eine Reiche Stadt wie Hamburg, dass Menschen überhaupt aus Not auf der Straße leben müssen und dann oftmals für Unterkünfte für eine Nacht auch noch

bezahlen müssen. Eine Umverteilung des Reichtums wäre notwendig. Es reicht nicht aus, die Obdachlosen nicht zu vertreiben. Der vorhandene Wohlstand muss vielmehr umverteilt werden. Anstatt in Investoren und große Unternehmen Millionen und Milliardensummen zu investieren sollten der Staat und die Bundesländer für gute Arbeitsbedingungen, hohe Arbeitslöhne und Renten sowie ein ausfinanziertes Sozialsystem sorgen. Ein solches Sozialsystem mit entsprechenden Einrichtungen wäre viel eher in der Lage Menschen, die heute auf der Straße leben, eine Perspektive zu eröffnen. Aber das ist politisch leider nicht gewollt und die sozialen Einrichtungen bleiben weiter weit unterfinanziert.“

Zur notwendigen Umverteilung gehöre neben einer anderen Sozialpolitik auch eine Steuerpolitik samt angemessener Erbschaftssteuer und Ver-

## Übergabe der Unterschriften für den Gesundheitskiosk Billstedt

Im August des letzten Jahres besuchte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach den Gesundheitskiosk Billstedt. Er war begeistert von diesem Projekt, welches im Jahre 2017 gestartet wurde und seitdem mehr als 18.000 Menschen betreut hat. Er kündigte damals an, dass diese Form der Gesundheitsfürsorge in ganz Deutschland zur Verfügung stehen sollte. Ein Gesetzesentwurf soll nach Herrn Lauterbach in diesem Jahr folgen, in dem die Kostenbeteiligung der Krankenkassen für den Aufbau dieser Infrastruktur geregelt werden soll.

Wenige Wochen später kündigten drei Krankenkassen an, dass sie die Zusammenarbeit mit dem Gesundheitskiosk Billstedt beenden wollen. Ein Schelm wer Böses dabei denkt. Damit wurde die Finanzierung des Projektes Gesundheitskiosk stark gefährdet.

Um zu verhindern, dass dies zu einer Schließung des Gesundheitskiosk in Billstedt führen kann, startete DIE LINKE auf verschiedenen Ebenen eine Unterstützung sowohl parlamentarisch in der Bürgerschaft als auch in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte sowie auf der Straße mit der Sammlung von Unterschriften für den Erhalt des Gesundheitskiosks Billstedt. Bei mehreren Infoständen wurden so knapp 500 Unterschriften gesammelt. DIE LINKE in Billstedt wurde dabei auch von den Bürgerschaftsabgeordneten Deniz Celik und David Stoop unterstützt.

Am 18.4.23 haben wir dann die Unterschriften an den Pressesprecher der Sozialbehörde Wolfgang Arnhold übergeben.

mögenssteuer und, dass auch Büroleerstand in Wohnmöglichkeiten mit unbefristeter Sozialbindung umgewandelt werde.

„Solange Investoren in Hamburg Leerstand von der Steuer absetzen können, wird sich die Praxis des Leerstands von Büroräumen auch nicht ändern. Vor den schicken leeren Bürogebäuden werden weiter Winter für Winter Obdachlose die ganze Nacht frieren und im Winter und im Sommer in der Innenstadt um die notwendigen Cent und Euro bitten. Der Senat muss Geld in die Hand nehmen, um soziale Einrichtungen ausreichend zu finanzieren und den sozialen Wohnungsbau zu fördern und nicht immer weiter Placeboprogramme auflegen, die letztlich mehr den Investoren und ohnehin Wohlhabenden dienen, wie der Drittmix“, so der Abgeordnete.

(PM, zur Verfügung gestellt von Mehmet, -red)



Übergabe an Herrn Arnhold (rechts) durch Wolfgang Strauß DIE LINKE Billstedt, begleitet von Janna Stoffers und Patrick Walkowiak.

Wir hoffen, dass das Engagement der Bürger:innen dazu führt, dass der Gesundheitskiosk in Billstedt erhalten bleibt und seine Arbeit in vollem Umfang fortsetzen kann. Vielleicht ist in ferner Zukunft auch eine Umwandlung in ein Gesundheitszentrum möglich.

Wolfgang Strauß, BO Billstedt



## Bezirksversammlung HH Mitte: Friedenstaube unerwünscht



Liebe Genossinnen,  
liebe Genossen und Freunde der Linken,  
gerade zum kommenden Monat Mai (8. Mai, Jahrestag der Befreiung vom Naziregime und Faschismus aufgrund der bedingungslosen Kapitulation) lag in der Bezirksversammlung ein Antrag der Grünen vor.

Die Grünen beantragten, dass am Gedenktag 8. Mai eine einheitliche Beflaggung mit der Friedenstaube in Hamburg Mitte stattfindet, was bereits in den Bezirksversammlungen Nord und Eimsbüttel positiv entschieden wurde.

Die Friedentaube gilt seit Jahrzehnten als das Symbol für den Frieden und wurde einst vom Künstler Picasso entworfen, der vom Naziregime als entartet betrachtet wurde.

Ich zitiere aus dem Antrag:

„Der 8. Mai wird von vielen zivilgesellschaftlichen Aktiven weltweit als Tag der Befreiung von deutschem Faschismus und der Barbarei des Zweiten Weltkriegs gefeiert. 2023 wird er in Hamburg erstmalig als offizieller Gedenktag hinsichtlich des Endes des Zweiten Weltkrieges und insbesondere für die Befreienden und Befreiten begangen. Im Beschluss hierüber ruft die Hamburgische Bürgerschaft auf: „Diesen offiziellen Gedenktag sollten Senat, Bürgerschaft sowie Zivilgesellschaft durch entsprechende Veranstaltungen würdig begehen.“ (Drs. 22/8241)

Der Künstler Pablo Picasso galt im Dritten Reich als „entartet“. Der Sieg des internationalen Bündnisses über den deutschen Faschismus bedeutete auch die Befreiung der Kunst Picassos. Picasso wird mit der Anteilnahme an der Menschlichkeit in seinen Porträts und dem Anprangern der Vernichtung menschlichen Lebens und menschlicher Kultur in seinem Guernica-Bild verbunden. Noch mehr aber steht er für die Friedenstaube, die in den Jahren und Jahrzehnten nach der Überwindung des Zweiten Weltkriegs weltweit in verschiedenen Variationen als Symbol der Hoffnung und Völkerverständigung über alle Grenzen hinweg Verbreitung fand.

Für den Weltfriedenskongress 1949 in Paris wurde von Pablo Picasso die Silhouette einer Taube entworfen und lithographiert. 1955 erhielt er für seine Lithographie den Weltfriedenspreis. Seitdem ist die Friedenstaube ein weltweites Symbol für den Frieden und die Friedensbewegung und verbindet damit auch international diejenigen, die an der Befreiung am 8. Mai mitgewirkt haben.“

Dieser Antrag wurde in der Bezirksversammlung Hamburg Mitte im März das erste Mal eingebracht mit folgendem Petition:

„Wir bitten die Verwaltung um Abstimmung mit den anderen Bezirksverwaltungen für eine einheitliche Beflaggung der Rathäuser/Bezirksämter am 08. Mai mit der Friedenstaube nach Pablo Picasso.“

Von da aus wurde er in den Ausschuss für Musik, Kultur und Kreatives (MKK) überwiesen, um dort von der Koalition mit Mehrheit abgelehnt zu werden, kaum zu glauben, oder?

Beschluss des MKK:

Der Ausschuss für Musik, Kultur und Kreatives hat sich in seiner Sitzung am 19.04.2023 mit dem Antrag befasst und empfiehlt der Bezirksversammlung mehrheitlich - gegen die Stimmen der GRÜNE-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der AfD-Fraktion -, den Antrag abzulehnen. Mitte April wurde sodann dieser Beschluss in der Bezirksversammlung Mitte erneut zur negativen Beschlussbestätigung vorgelegt die dort wieder mit Mehrheit, gegen die Stimmen von Linke, Grünen und AfD beschlossen wurde.

Soli- und Friedensgrüße  
Maureen Schwalke

## Bericht von der Bezirksmitgliederversammlung vom 06.04.2023

### Wie müssen wir DIE LINKE weiterentwickeln, um wirksam für Frieden zu werden?

Am 06.04.2023 hatte der Bezirksvorstand Norbert Hackbusch, Andreas Grünwald und Gunhild Berdal für eine kontroverse Diskussion zum oben genannten Thema gewonnen, etwa 25 Genoss:innen nahmen insgesamt teil. Einleitend machte ich klar, dass es um eine Rationalisierung der Debatte gehen soll, um tatsächlich Frieden zu verwirklichen. Dafür brauchen wir verallgemeinerungswürdige Positionen, die rechter Demagogie das Wasser abgraben. Der Friedensplan des Parteivorstands ( [https://www.die-lin-ke.de/fileadmin/download/themen/frieden/Friedenspolitischer\\_Aktionsplan\\_01.pdf](https://www.die-lin-ke.de/fileadmin/download/themen/frieden/Friedenspolitischer_Aktionsplan_01.pdf) ) ist zwar ein guter Schritt, muss sich aber im Konkreten niederschlagen, z.B. der geplanten Sozial-Kampagne. Es kann nicht schaden, über anstehende Wahlen hinaus zu denken (Bewegung in der Bevölkerung schaffen statt Zustimmungsheische).



Blick aufs Podium in der Kaffeewelt, Foto: BV Mitte

Die Referentin und Referenten waren sich schnell einig: nach ihren Inputs würden sie sich gleichberechtigt mit allen wieder zu Wort melden, wenn sie auf etwas eingehen wollen. **Andreas** fing an. Eine sozialistische Partei müsste über die Friedensbewegung hinausgehen, mehr einordnen, z.B. über den Bürgerkrieg in der Ukraine aufklären, der dem russischen Einmarsch vorausging. Stattdessen gehe sie aktuell dahinter zurück. So prangerte er den Parteivorstand an: Kein Aufruf zu „Aufstand für den Frieden“, schweigen zur NATO und zu Waffenlieferungen. Alle würden zum Ostermarsch aufrufen, nur der Hamburger Landesvorstand nicht. Die Welt sei weiter von imperialistischen Interessen geprägt, Multipolarität nicht gewollt. Aus Sicht der USA werde die Spaltung zwischen Europa und Russland gezielt verfolgt. Klar sei es aktuell nicht leicht, für den

Frieden zu argumentieren. Es gebe verschiedene Positionen. Auf dem Ostermarsch seien die wesentlichen jedoch vertreten und auch DIE LINKE sei eingeladen gewesen, ihren Standpunkt dort zu vertreten. Es sei fatal, dass sie sich von der Friedensbewegung distanzieren, statt diese Möglichkeit wahrzunehmen.

Aus **Norberts** Sicht hatte Andreas die entscheidenden Streitpunkte nicht benannt. Natürlich sei die NATO kein Friedensbündnis (Zwischenruf: Laut Katja Kipping schon), wir alle würden die 100 Milliarden Aufrüstung ablehnen (Zwischenruf: Sagt Ramelow das?). DIE LINKE habe sich geirrt mit der Annahme, Russland würde die Ukraine nicht überfallen. Insofern seien wir mit Schuld am NATO-Beitritt Finnlands, da die dortige linke Partei nicht mehr auf uns höre. Waffenstillstand und Verhandlungen seien notwendig und würden Kompromisse mit sich bringen, es sei aber moralisch essentiell, den Rückzug der russischen Truppen zu fordern (Zwischenruf: taucht auch beim Friedensfest des Landesvorstands nicht als Forderung auf). „Ich bin kein Pazifist“, so Norbert weiter, manchmal seien Waffen nötig, z.B. in Kurdistan gegen den IS. Viel wichtiger sei es, sich nach rechts abzugrenzen, denn es entstehe eine neue Internationale der Rechten mit Unterstützung Putins. Es erschrecke ihn, dass es eine Achse gebe von Berlusconi über Putin zu Leuten in der LINKEN. Ramelow sei wichtig für die Partei, Sahra Wagenknecht bis Liste LINKS seien nicht lernfähig.

Von diesen lieben Worten ließ sich **Gunhild** nicht aus dem Konzept bringen und ging auf die finanzielle Seite des Kriegs in der Ukraine ein. Minister Habeck verhandele mit der ukrainischen Regierung über eine Investitionsgarantie, während die dortige Bevölkerung weiter in den Krieg getrieben werde. Rheinmetall verbuche ein Rekordjahr, Blackrock profitiere über Anteile an Rüstungsschmieden und Beratung der ukrainischen Regierung für den Wiederaufbau gleich doppelt. Verteidigt werde also einzig die Freiheit der Geschäfte. Dazu passend schleife die ukrainische Regierung erkämpftes Arbeitsrecht, wo stattdessen ein Schuldenschnitt erforderlich sei. Zur Vorgeschichte gehöre auch, dass die USA gerne ihr Fracking-Gas an die EU verkaufen wollten anstelle des Bezugs von russischem Gas über Pipelines. Die NATO-Aufnahme der Ukraine zu betreiben sei (fortgesetzt) der größte Kriegsfaktor. Unterschätzt worden sei also vor allem die Skrupellosigkeit der USA und ihrer Geheimdienste. Der Ostermarsch-



Aufruf des Hamburger Forums aber könne auch so gelesen werden, als habe Russland keine andere Wahl gehabt. Dort herrsche aber ein eigenständig machtpolitisch verbohrt System. Stattdessen gelte es auf die UN-Charta sowie die Friedensbewegungen sowie die Weltöffentlichkeit zu bauen. Der chinesische Friedensplan ([https://www.fmprc.gov.cn/mfa\\_eng/zxxx\\_662805/202302/t20230224\\_11030713.html](https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/zxxx_662805/202302/t20230224_11030713.html)), entwickelt mit Ländern des globalen Südens, eröffne konkrete Möglichkeiten.



Blick in den Saal, Foto: BV Mitte

**Nilüfer Aydin** verwies auf die Mehrheiten für Frieden, auch auf Kosten ukrainischen Territoriums, insbesondere im globalen Süden. In der Türkei habe sich kürzlich eine deutliche Mehrheit für das Ende der westlichen Dominanz ausgesprochen. **Kristian Glaser** sagte, auch wenn niemand hier Ramelows Position vertrete, sei diese Teil der Debatte. Anstatt für Waffenlieferungen zu sein, müssten wir gegen die Rüstungsproduktion kämpfen. **Heike Sudmann** bekundete froh in einer Partei zu sein, die gegen Waffenlieferungen stehe. Aber wie kommen wir zu Verhandlungen? Dafür sehe sie gezielte Sanktionen als notwendig an. **Andreas** sprach sich noch einmal für Analyse statt Moral aus. **Gunhild** sah eine Einheit von beidem als erforderlich an, worauf auch „Im Westen nichts Neues“ verweise. Sanktionen seien Teil des Krieges, verhärteten die Fronten. Weder der Landesvorstand noch das Hamburger Forum seien in der Lage, die Friedensbewegung zu einen. **Thomas Stahlhut** zitierte den EU-Außenbeauftragten Josep Borell, der das Erfordernis einer Kriegsmentalität in Anschlag brachte. DIE LINKE müssen dem fundamental entgegen an einer Friedensmentalität arbeiten. **Lutz Zimmermann** gab zu bedenken, dass die USA bereits viele ihrer Ziele erreicht

hätten. Dem entgegen gelte es, gegen Waffenlieferungen und die weitere Zuspitzung des Krieges einzustehen. **Norbert** machte den Unterschied zwischen Maidanfinanzierung und Einmarsch. Russland sei der zunehmenden Konkurrenz nicht gewachsen und müsse sich nun aus der Ukraine zurückziehen. (Und dann?)

Im weiteren Verlauf der Debatte wurde u.a. darauf verwiesen, wie man trennen könne zwischen Vorgeschichte und russischer Aggression angesichts von Abermillionen in den Geheimdiensten, um Zwietracht zu säen. Die NATO Ost-Erweiterung sei als völkerrechtswidrig einzustufen, weil sie nicht zur Friedenssicherung beigetragen hat. Stattdessen heiße es: Raus aus der Machtpolitik, gegen den Klimawandel und für Abrüstung. In Hamburg müsse man sich gemeinsam Gedanken machen, wie der Volksentscheid für das Verbot von Rüstungsexporten über der Hamburger Hafen zu einem Erfolg gemacht werden kann, statt sich gegenseitig als Rechte zu beschimpfen. Wenn der russische Einmarsch eine Niederlage der Friedensbewegung sei, gelte es diese nun zu stärken. Andreas gab nun zu, dass der Ostermarsch-Aufruf des Hamburger Forums zu schwach gegen den russischen Einmarsch formuliert war. Er wiederholte seinen Aufruf, dass die LINKE angesichts dessen mit eigenem Block und eigener Rede diesbezüglich gefordert wäre. Eine klare Friedensposition sei das beste Mittel gegen die mögliche Spaltung. Ohne die Linken können DIE LINKE nicht erfolgreich sein. Antje Conteh verwies auf die Möglichkeit, zu beiden Veranstaltungen zu gehen und fand, dass bezüglich der Brandmarkung als „rechtsoffen“ mal wirklich zu klären sei, was da dran sei und was eben nicht.

Beschlossen wurden nach diesem regen Austausch die Anträge auf Unterstützung des Ostermarsch-Aufrufes der Volksinitiative gegen Rüstungsexporte sowie der adhoc gestellte Antrag auf Unterstützung des Anliegens einer Friedensdiskussion zum Auftakt des kommenden Landesparteitags im Juni.

Fazit: Es konnten nicht alle Probleme geklärt werden, es war aber ein anregender Austausch für alle, aus dem die Beteiligten nachdenklich und nicht ohne Freude in den Gesichtern herausgingen. Es macht eben bei allen Differenzen mehr Sinn und Spaß, in ein solches Streitgespräch zu gehen, als sich nicht mehr in die Augen zu schauen und schlechte Stimmung zu verbreiten.

Für den Bezirksvorstand,  
Alexander Benthin

## Termine in (und für) Mitte

### **Immer freitags, 17 bis 18 Uhr**

Mahnwache für den Gedenkort Stadthaus  
Stadthausbrücke

### **Dienstag, 02.05., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**  
Büro Georg-Wilhelmstraße 7 a

### **Donnerstag, 11.05., 18:00 Uhr;**

Treffen der **Stadtteilgruppe HaHoBo**  
Büro Borgfelder Str. 83

### **Donnerstag, 11.05., 19:30 Uhr**

Treffen der **BO St. Pauli**

### **Achtung: Neuer Ort!**

"**Buttclub**", St. Pauli-Hafenstraße 126,  
keine Haus-Nr. - Name steht über der Tür  
hinter den neuen Räumen der Schule  
Bei Nichtfinden Kontakt über 0176 - 54456958

### **Mittwoch, 17.05., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**  
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

### **Montag, 22.05., 18:30 Uhr**

Treffen der **BO Billstedt**  
Spökelbarg 20, Grieche „Kulinaria“

### **Donnerstag, 25.05., 17:30 Uhr**

**Öffentliche Sitzung der Bezirksversammlung**  
Caffamacherreihe 1-3, 11. OG

## **Juni 2023**

### **Dienstag, 06.06., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**  
Büro Georg-Wilhelmstraße 7 a

### **Donnerstag, 08.06., 18:00 Uhr;**

Treffen der **Stadtteilgruppe HaHoBo**  
Büro Borgfelder Str. 83

### **Montag, 12.06., 16:30 Uhr**

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**  
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

### **Donnerstag, 15.06., 19:30 Uhr**

Treffen der **BO St. Pauli**  
"Buttclub", St. Pauli-Hafenstraße 126

### **Montag, 19.06., 18:30 Uhr**

Treffen der **BO Billstedt**  
Spökelbarg 20, Grieche „Kulinaria“

### **Mittwoch, 21.06., 19:00 Uhr**

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**  
GW, Hansaplatz 9

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.  
Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck  
fremdes@gmx.de

**Sozialberatung** von Quentin Villwock:  
- fällt im April und Mai aus -

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der  
Partei: [www.die-linke-hamburg.de](http://www.die-linke-hamburg.de)

## **Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte**

### **Bezirksvorstand:**

### **Telefon**

### **Mail**

Nilüfer Aydin		
Alexander Benthin		
Maria Bronner		
Kerstin Fremder-Sauerbeck		
Andreas Grünwald (Schatzmeister)		
Ruben Hittmeyer	0179 922 60 59	rhitt@gmx.net
Jörg Otto		
Suna Sahin		
Norbert Weber		
Petra Zepter	0176 458 13 959	petra.zepter@posteo.de
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
<b>Facebook</b>	<a href="https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/">https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/</a>	
<b>Im Netz:</b>	<a href="http://www.die-linke-hamburg-mitte.de">http://www.die-linke-hamburg-mitte.de</a>	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteNmang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de

**Spendenkonto** DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX



# Heraus zum ersten Mai!

Unser Bündnis „Solidarisch aus der Krise“ bildete sich im letzten Herbst und wurde von über 70 unterschiedlichen linken Gruppen, Gewerkschaften und Initiativen unterstützt. Auf einer gemeinsamen Demonstration aufbauend, haben wir im Januar zusammen mit Genug ist Genug eine Rally durchgeführt und rufen nun zum Demonstrieren am 01. Mai auf.

Die Preise steigen. Wir merken es an der Supermarktkasse, bekommen Briefe von Vermieter:innen, in denen sich die Nebenkosten mehr als verdoppeln, und sehen, dass am Ende des Monats immer weniger übrig bleibt oder es gar nicht mehr reicht. Die Schlangen vor den Tafeln werden länger. Egal ob bei Grundnahrungsmitteln, Gas oder Strom: Immer mehr von uns können sich das Leben nicht mehr leisten!

So begann der Aufruf zu unserer Demonstration am 29. Oktober letzten Jahres. Geändert hat sich seitdem wenig. Die Inflation ist nach wie vor auf einem sehr hohen Niveau. In Summe liegt die Teuerung bereits bei ca. 15% gegenüber 2021. Die Preise der täglichen Grundnahrungsmittel sowie zum Beispiel Strompreise steigen nach wie vor noch stärker was eine noch höhere Belastung bedeutet.

Während es scheint, als sei der „Heiße

Herbst“ ausgefallen, zeigt sich derzeit eine Offensive der Gewerkschaften. Mehrstellige Lohnforderungen, Forderungen nach hohen Festbeträgen und eine breite Ablehnung von Einmalzahlungen treffen auf ein nicht enden wollendes Gefasel von einer angeblichen Lohn-Preis-Spirale und immer lauter rufen nach einer Einschränkung des Streikrechts.

Doch nicht nur die Forderungen haben eine neue Qualität, auch in den Aktionen gibt es eine neue Entwicklung. Das geht von Solidaritätsstreiks am Flughafen, über das Verbinden von Arbeitskämpfen wie zwischen ver.di und der EVG bis zu gut koordinierter Bündnisarbeit zwischen ver.di und Fridays for Future. Die derzeitigen Tarifrunden wie bei der Bahn oder die kürzlich beendete im Öffentlichen Dienst verdienen unsere praktische Unterstützung und Solidarität. Die streikenden Kolleg:innen kämpfen nicht nur für sich sondern für uns alle!

Ein Artikel über die Geschichte des 1. Mai auf der Webseite vom DGB ist mit der Überschrift „Vom Kampftag zum Feiertag“ versehen und bei aller Richtigkeit dieser Überschrift ist es vor Allem eine gute Zusammenfassung des Problems! Noch in den 50ern forderte der DGB eine Neuordnung der Wirtschaft. 2022 hinge-

gen sagte die DGB Vorsitzende es sei „nicht die Zeit für kapitalismuskritische Grundsatzdebatten“.

Wir sagen doch!

Lasst uns den ersten Mai wieder zum Kampftag machen!

• **Einmalzahlungen reichen nicht!**  
Wir brauchen eine dauerhafte und deutliche Erhöhung der Löhne und Sozialleistungen, für alle in Deutschland lebenden Menschen!

• **Die Profiteure der Krise müssen zahlen!** Übergewinn-, Erbschafts- und Vermögenssteuer!

• **Stoppt die Aufrüstung – 100 Milliarden in Bildung, Gesundheit, Soziales und Klimaschutz!**

• **Solidarität mit allen Streikenden!**  
Streikrecht verteidigen und ausbauen!

Wir machen weiter!

**Bleib informiert unter:**  
[solidarischausderkrise.noblogs.org](https://solidarischausderkrise.noblogs.org)  
oder in Telegram unter  
[t.me/solidarischausderkrise\\_hh](https://t.me/solidarischausderkrise_hh)

**Du möchtest mitmachen?**  
Du erreichst uns unter der Mail:  
[solidarischausderkrise@riseup.net](mailto:solidarischausderkrise@riseup.net)

## DGB Demo

01. Mai - 10:30 Uhr

U Straßburger Straße

(beim "Solidarisch aus der Krise" Transparent im ver.di Block)

## Wer hat der gibt Demo

01. Mai - 13:00 Uhr

U Eppendorfer Baum

(beim "Solidarisch aus der Krise" Transparent)

HAMBURGER SOZIALPROTESTBÜNDNIS

# SOLIDARISCH AUS DER KRISE

WIR  
SIE  
VERT.